

Schlesische Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der Wochens. Monatsbeilage „Sichel und Hammer“ und den wöchentlich bzw. 14 täg. erscheinenden Beilagen „Tribüne“, „Die Rote Sichel“, „Der Kampfprolet“, „Die Genossen“

Anzeigenpreis: Die 4spaltige Millimeterzeile ob. bezw. Raum 10 Goldpfennig, Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Verleihen- und Veranlassungsanzeigen 4 Goldpfennige. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 4spaltig oder deren Raum im Text 30 Goldpfennige.

Mittwoch, 26. März 1924

Bezugspreis: Bei wöchentlich 5maligem Erscheinen monatlich 2.— Gm. wöchentlich 50 Pf. Einzelne durch Straßenhändler zu 10 Pf. Subskription und Expedition: Breslau, Trebusher Straße 30. — Postkontor: Breslau Nr. 81080. — Fernsprecher: Breslau, Ring 8887

Der Angriff beginnt!

Die Waldenburger Kohlenbarone diktieren den 12-Studentag.

Waldenburg, den 25. März.

Die Direktion der Fürstensteiner Gruben hat auf der Schächanlage „Tiefbau“ einen Anschlag veröffentlicht, der die Arbeiter der Bricketanlage auffordert, ab 25. März 12 Stunden anzufahren, ohne sogar eine Mehrbezahlung der Ueberarbeit vorzusehen. In der Vorkriegszeit betrug die Arbeitszeit in diesen Betrieben nur 8 Stunden.

Mit brutaler Rücksichtslosigkeit, bereiten die Kohlenmagnaten den Angriff auf die letzten Rechte der Arbeiter vor. Sie beginnen in Waldenburg bei den Arbeitern über Tage; die Bergarbeiter sollen folgen. Die Solidarisierung der gesamten Arbeiterschaft mit den Arbeitern der Bricketfabrik ist das Gebot der Stunde.

In Betriebsversammlungen muß sofort zu dieser ungeheuerlichen Provokation Stellung genommen werden.

Die Abwehr gegen die neue Offensive der Hüttengewaltigen ist sofort zu organisieren. Auf die Provokation der Unternehmer gibt es nur eins:

1. Keine Stunde Mehrarbeit für den Kapitalismus.
2. Verlaßt nach acht Stunden die Betriebe.
3. Verteidigung des 12-Studentages über Tage.
4. Wiedereroberung der Siebenstundenschicht der Bergarbeiter.
5. Führung des Abwehrkampfes durch die Betriebsräte.

abgebaut werden, und daß sich die Bergleute bis zum 1. April wegen des Abbaus beruhigen werden. Dann, in günstiger Situation, soll der Angriff zur Arbeitszeitverlängerung folgen.

Es ist kein Wort mehr darüber zu verlieren, daß sich die Hutmänner nicht sofort gegen alle weiteren Verschlechterungen des Manteltarifs sichern und das Mandat mitmachen. War die Bergarbeiter müssen die schwache Stelle des Gegners erkennen und geschlossen in den Kampf gegen den Lohnabbau und für ihre Forderungen, die zurzeit von jeder Belegschaftsversammlung aufgenommen werden:

1. Wiedereinführung der Siebenstundenschicht.
2. Eingliederung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß.
3. Friedensreallohn.
4. Beseitigung der Werkwehren.
5. Sicherstellung der knappschaftlichen Rechte. — Erhöhung der Renten für Witwen, Invaliden und Waisen.
6. Tarifliche Festlegung von 120 Zentnern Deputatslohn zum Preise von 25 Pf.
7. Erweiterung der Betriebsratsrechte.
8. Tarifliche Festlegung eines 24-tägigen Urlaubs für alle Arbeiter.
9. Abschlag eines diese Punkte enthaltenden Tarifes vor dem 1. April.
10. Der Tarif bedarf der Zustimmung eines Betriebsratskongresses der Bergarbeiter des Ruhrgebiets, der von allen Richtungen besetzt werden muß.
11. Beseitigung der brutalen Scedtdiktatur sowie sämtlicher Ausnahmeverordnungen, die insbesondere gegen die Arbeiterschaft gerichtet sind.
12. Restlose Amnestie für alle proletarischen politischen Gefangenen.

Die Saarbergarbeiter rüsten zum Kampf.

Saarbrücken, 24. März.

Der oppositionelle Landesauschuss der Arbeiterauschüsse (Betriebsräte) hatte am gestrigen Sonntag eine Saarbergarbeiterkonferenz einberufen. In der Konferenz wurden Berichte gegeben von der Konferenz der oppositionellen Bergarbeiter. Es wurde eine Zentralkommission für das Saargebiet gewählt zur Einberufung von Zehnerversammlungen, die die Belegschaften aufrufen sollen, um gemeinsam mit dem deutschen und französischen Bergproletariat den Kampf aufzunehmen.

Sie wollen Roste.

Wie das „Hamburger Echo“ mitteilt, beschäftigte sich eine Mitgliederversammlung der SPD. in Harburg erneut mit dem Thema des Parteiorganisationsreform. Die Versammlung stellte sich auf den Standpunkt, daß man alle Ursache habe, „tätkräftige Genossen bei uns zu halten (1). Wir hätten keinen Verzicht an tätigen Genossen, die man Wissen und Können ausgerüstet sind, und die man dann ein wenig kassieren“. Ferner wurde beschlossen, sich beschwerde während an die Kontrollkommission der Partei zu wenden.

Die Harburger wollen also von ihrem Roste nicht lassen. Und mit echt rostelecher Latratz haben sie auf den Parteiverstand, der zu diplomatisch ist, um der Wählerschaft die Kandidatur Rosles zu bieten. Selbstverständlich haben die Harburger recht: „Genossen“, die so tätig sind, daß sie hungernde Arbeiter mit Maschinenwerkzeugen auszustatten, sind in der SPD. unerträglich.

Die Bedeutung der Betriebsräte.

Wir sind bereits mitten in den Betriebsräteahlen, die Wahlkomitees sind in vielen Betrieben schon gebildet. Die Wahlen dieses Jahr haben eine weit größere Bedeutung als etwa die Reichstagswahlen, und wenn es die Arbeiterschaft noch nicht reiflich begriffen haben sollte, der Klassenfeind hat es längst begriffen. Die zuchthausmäßigen Zustände, die in den Betrieben durch die Schuld der reformistischen Gewerkschaftsinstanzen und der Sozialdemokratie eingerissen sind, werden gerade jetzt, zur Zeit der Vorbereitung der Betriebsräteahlen, besonders verschärft. In den Betrieben gibt es keine Freiheit der Wahlpropaganda, viel weniger als bei den politischen Wahlen unter dem Generalsstiefel. Der Unternehmer versucht mit allen Mitteln, die Propagandamöglichkeit im Betrieb zu unterbinden, vor allem die Propaganda für die revolutionären Kandidaten. Wer im Betrieb agitiert, wird mit Entlassung bedroht, vielfach sind aufgestellte Kandidaten aufs Pflaster geworfen worden, deutschböhsche und andere gefaule Unternehmerrisiken werden in Betriebsversammlungen geschickt, die dem Kapitalisten die Agitatoren für die revolutionäre Liste denunzieren. Unter dem Druck dieses zügellosen Unternehmerrisikos, gegen den die Gewerkschaftsinstanzen rein gar nichts unternehmen, leidet der Besuch der Betriebsversammlungen, sind in einzelnen Betrieben bereits bedauerliche Ruhhandeleien und Kompromisse vorgekommen.

Die Durchführung der Betriebsrätewahl ist unter den heutigen Zuständen für revolutionäre, Klassenbewusste Arbeiter zu einem harten, schweren Kampf mit dem Unternehmertum geworden. Aber gerade das muß der Arbeiterschaft zeigen, welcher Wert von den Kapitalisten auf die Verhinderung der Wahl revolutionärer Betriebsräte gelegt wird, gerade das muß alle Klassenbewussten Arbeiter anfeuern, die Wahlkraft mit Aufbietung aller Kräfte zu schlagen. Es ist Feigheit, wenn KAPD-Leute oder von ihnen angehauchte Arbeiter sagen, daß sie keinen Wert auf diese Betriebsräte legen. Es ist Kurzsichtigkeit, wenn sich aufrechte, revolutionär gesinnte Arbeiter nicht wählen lassen wollen und wenn die Belegschaften der Wahl gleichgültig gegenüberstehen.

Warum kämpft das Unternehmertum mit derartigen Tertormahnahmen gegen die Wahl Klassenbewusster Betriebsräte?

Das Unternehmertum will die Betriebsräte überhaupt liquidieren, weil es sich schon heute zeigt, daß nach der völligen Unterwerfung und Korruption der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie es die Betriebsräte sind, die die Arbeiterschaft in den Kämpfen gegen die Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen führen. In der nächsten Zukunft wird das noch weit mehr der Fall sein. Der ADGB. will eine neue, noch engere Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum eingehen, die reformistische Gewerkschaftsbürokratie wird rücksichtslos jede Abwehrbewegung der Arbeiter zu zerschlagen suchen, den Gewerkschaftsapparat gegen die Kämpfenden einlehen, die reformistische Spaltungsoffensive, wird immer bedrohlicher. In der nächsten Zeit haben die Betriebsräte als Führer und Träger der Arbeitskämpfe eine immer wichtigere Rolle zu übernehmen. Innerhalb der Betriebe fallen die Funktionen der zur völligen Inaktivität angehaltenen reformistischen gewerkschaftlichen Vertrauensleute völlig auf die Schultern der Betriebsräte.

Das Unternehmertum weiß dazu noch genau, daß die Arbeitskämpfe der heutigen Zeit, in der Periode des wirtschaftlichen und politischen Bankrotts des kapitalistischen Systems, naturnotwendig an den Grundfesten des kapitalistischen Staates rütteln müssen. Die elementarsten Forderungen der Proletariat, ein Stück Brot, Arbeitsgelegenheit und Er息enmöglichkeit, können im Rahmen des kapitalistischen Systems nicht mehr erfüllt werden. „Hunderttausende müssen verhungern“, es ist das Wort und die Ueberzeugung des Stimmesigen Generaldirektor Minour und seiner fauchstischen Kettenhunde. Die Staatsgewalt des kapitalistischen Staates ist ungeheuer verärrt worden und aufs äußerste angepannt, die hungernden, unterdrückten Massen niederzuhalten. Das Unternehmertum fürchtet, in den Betriebsräten nicht nur die Führer der bevorstehenden gewaltigen politischen Kämpfe, sondern der politischen Arbeiterräte, die Organe der kommenden proletarischen Diktatur.

Die Arbeiterschaft muß das ebenso erkennen, und sie wird den Kampf um die revolutionären Betriebsräte mit Aufbietung aller Kräfte, trotz des Unternehmertums, führen. Vom Ausgang der Betriebsräteahlen hängt die Entwicklung der Kämpfe der nächsten Monate in hohem Grade ab. Es wird keinen Kampf geben, den andere Organe als die Betriebsräte führen werden.

Wenn die Arbeiterschaft das begriffen hat, so wird sie erkennen, daß sie nur durch die Entsendung der tapfersten und konsequentesten Massenkämpfer in die Betriebsräte ihre Interessen und Rechte wahren kann.

Sie wird keine Sozialdemokraten oder reformistische Ge-

Der Abwehrkampf des ober-schlesischen Proletariats.

Eine äußerst stark besuchte Konferenz der revolutionären Betriebsräte der Großbetriebe Oberschlesiens nahm am 19.3. einstimmig folgende Resolution an:

„Die revolutionären Betriebsräte Oberschlesiens erkennen die brennende Notwendigkeit der Aufnahme des Kampfes in allen Gruben und Hütten um die Abwehr gegen die erneuten Anschläge der Kohlenbarone, die auch im Bergbau das Zweischichtensystem einführen wollen. Der Kampf muß organisiert und vorbereitet werden, gleichzeitig, um alle verlorenen Positionen wiederzuerobern. Als allgemeine Kampfzorderungen werden festgelegt:

1. Wiedereinführung der Siebenstundenschicht im Bergbau (unter Tage) und 12-Stundenschicht in anderen Industriezweigen vom 1. April 1924;
2. Erhöhung des Lohnes auf den der Vorkriegszeit;
3. Wiedereinstellung aller Erwerbslosen und Gemäßregelung;
4. Abschluß eines neuen Tarifvertrages bis zum 1. April;
5. Erhaltung aller bisherigen Rechte, wie sie im Tarifvertrag festgelegt waren, Urlaub usw.;
6. Für die Erhaltung und den Ausbau der Rechte der Betriebsräte;
7. Sicherstellung der knappschaftlichen Rechte, Erhöhung der Renten für Invaliden, Witwen und Waisen;
8. Teilnahme der Betriebsräte bei den Tarifverhandlungen. Tarifvertrag nur dann Gültigkeit, wenn Betriebsrätekongresse sich für Anerkennung ausgesprochen haben.“

Die Lage im Ruhrgebiet.

Die Bergarbeiter des Ruhrgebiets sind in ungeheurer Erregung über das von den Husemann und Konforten abgeschlossene Lohnabkommen, das einen starken Lohnabbau gebracht hat. Ueberall fordern die Belegschaften die sofortige Aufnahme des Kampfes. Die Unternehmer, die für die Erneuerung des Manteltarifs, der am 31. März abläuft, die Erhöhung der Schicht von 8 auf 8½ Stunden gefordert hatten, haben wegen der Erregung der Bergarbeiter mit den Husemannern abgemacht, daß der Manteltarif noch bis zum 30. April weiterläuft.

Die Unternehmer weichen aus Furcht vor dem geschlossenen Kampf aus. Sie hoffen, daß der Streik jetzt wegen dem Lohn-

Mit Polizeigewalt gegen kommunistische Abgeordnete.

(Eigener Drahtbericht.)

Hamburg, 20. März.

In der heutigen Bürgerkammerung erschien der kommunistische Abgeordnete Rühl, der, wie die anderen kommunistischen Abgeordneten, mit Hilfe und unter Führung der Sozialdemokraten auf 4 Wochen ausgeschloffen wurde, weil er die Interessen der Hafenarbeiter vertrat. Der Präsident ließ ihn durch Polizei mit Gewalt aus dem Saal führen.

Haltbefehl gegen Clara Zetkin.

(BVG.) Berlin, 24. März.

Gegen die Führerin der kommunistischen Frauenbewegung, die ehemalige Reichstagsabgeordnete Clara Zetkin, hat der Oberreichsanwalt einen Haltbefehl wegen Hochverrats erlassen.

werthvoller wählen. Die bedingungslos die Befehle jener In-
stanzen ausführen, die dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt
haben, die den Achtundentag, das Koalitionsrecht tamposlos
preisgeben und vor dem Unternehmertum in allen Fragen
tamposlos die Regel brechen.

Es wird ebensowenig Böllische wählen, die die Worte
„Treu“ und „Deutschtum“ als leere Redensarten auf den
Lippen führen, die hinter Herden vom Schlage der Lubendorff-
Siller, Raab und Graefe herlaufen, die aber nichts als bezahlte
Unternehmensföhrer sind. Gewiß sind heute Tausende von
unorganisierten, hungernden Arbeitern in Verzweiflung und
sehen keinen Ausweg. Aber in der Wahlaktion muß auf-
gezeigt werden, wie die Lubendorff und Siller, wie die Raab
und Pöhlitz hinter den Minow und Sittnes herlaufen und vor
lauter Dummheit gegen ihre kapitalistischen Brotgeber sich
gegenüber die Nachläufer niederziehen ließen. Die antilimiti-
schen Böllischen sind aus demselben Stoff wie die antilimiti-
schen Gelben, gekauft vom Unternehmer, der wohlwollend
ihre verlogene demagogische Propaganda begünstigt, die geführt
wird, um die Arbeiter zu verwirren und zu spalten, um sie um
so sicherer ans Messer ihrer kapitalistischen Metzger zu liefern.

Die Arbeiterklasse wird daher kommunistische Be-
triebsräte wählen. Die kommunistische Partei ist die einzige
Partei, die das Proletariat in seinen Abwehrkämpfen führt,
die revolutionären Betriebsräte haben den notwendigen Kampf
um den Achtundentag in Rheinland-Westfalen geführt, sie
tragen jetzt den Kienkampfs an der Wasserfront, sie stehen in
allen Kämpfen an der Spitze der kämpfenden Arbeiterklasse.

Die kommunistischen Listen müssen einmütig von der Ar-
beiterklasse gewählt werden, auch wenn die reformistische Ge-
werkschaftshierarchie dagegen agitiert. Sie hat in allen Ver-
handlungen sich angemaßt, Vorschriften herauszugeben, die die Auf-
stellung revolutionärer Listen verhindern sollen. Sie haben den
Ausschluß der oppositionellen Kandidaten aus den Gewerkschaften
angedroht. Trotz alledem müssen überall revolutionäre
Listen aufgestellt werden, wenn es nicht gelingt, die freigewerkschaftliche
Liste mit revolutionären Arbeitern zu besetzen, müssen
sie auf einer Gegenliste den Reformisten entgegengestellt werden.
Die Betriebsräte sind keine Untergebenen der Gewerkschaften,
sie können sich nicht zu solchen degradieren lassen, sie sind Organe
der Arbeiterklasse im wirtschaftlichen und politischen Kampf
und die zukünftigen Träger der neuen Wirtschaft.

Es leht für die Arbeiterklasse zu viel auf dem Spiel,
als daß sie sich von den anmaßenden Drohungen der reformi-
stischen Saboteure einschüchtern lassen könnte. Noch weniger
darf der sozialdemokratischen Partei, jener Partei des gemeinsten
und offenen Klassenverrates, irgendein Einfluß auf die Betriebs-
räte gelassen werden. Diese Partei hat Nichtskünsten heraus-
gegeben, nach denen sich die sozialdemokratischen Betriebsräte
auf das politische Programm der SPD. verpflichten müssen
und nur den Anweisungen der Partei folgen sollen. Darum
gibt es kein Kompromiß mit der Sozialdemokratie. Wo ein
echter, klassenbewußter Arbeiter im Betrieb steht, da muß
er heute mit der Partei der Ehre und Rasse gesprochen haben.
Das Maß ist überall!!

Die revolutionären Betriebsräte betrachten sich als In-
teressensvertreter der gesamten Belegschaft sowie derjenigen, die
arbeitslos auf die Straße geworfen wurden. Zieht die Ver-
treter der Arbeitslosen zu den Versammlungen, die die Kandi-
daten aufstellen, hinzu, hört ihre Forderungen und verpflichtet
die Betriebsräte, für sie einzutreten!!

Führt eine kraftvolle, unerschrockene Wahlpropaganda für
die revolutionären Betriebsräte!
Wählt die kommunistischen Listen!!

Streiks und Aussperrungen in Süddeutschland.

Stuttgart, 24. März. Der Streik der Eisenbahnarbeiter
in Baden-Württemberg geht unverändert weiter. Einmütig sind sie
entschieden, den Kampf um eine menschenwürdige Entlohnung
und Zulieferung des Achtundentages bis zum Erfolg
durchzuführen. Unter den übrigen Eisenbahnarbeitern ist all-
gemein der Wille vorhanden, ebenfalls in den Kampf zu treten.
Die Eisenbahnarbeiter des Hauptbahnhofs Stuttgart haben, trotz
der Anfeindungen und gräßlichen Paroxysmen aller Ge-
neralen Irrsinn, mit großer Mehrheit für den Ein-
tritt in den Streik gestimmt. Auf den gleichen Standpunkt
stellen sich die Eisenbahner in Unterfranken. Dort wer-
den am 10 bis 13. März pro Woche für einen verheirateten
Arbeiter bezahlt.

Stuttgart, 24. März. Der Streik in zahlreichen württem-
berischen Textilfabriken wird mit großer Erbitterung weiter-
geführt. In der Fabrik von Dollmüller, Balingen, sind die
Frauen seitlos am Streik beteiligt, während einige männliche
Arbeiter Streikbruch verüben. Das hat bei den Frauen unge-
heure Empörung ausgelöst. Die Unternehmer lehnen brutal
jede Verhandlung ab, bevor der Streik nicht abgebrochen werde.
Die Stimmung und Siegeszuversicht der Streikenden ist jedoch
sehr gut, und sie denken nicht an einen Abbruch des Kampfes,
bevor ihre Forderungen erfüllt sind. Im Kampf stehen in
den verheirateten Teilen des Landes über 5000 Textilarbeiter
und Arbeiterinnen.

Stuttgart, 24. März. Die Schachfabrik Fröh weigerte sich,
den verheirateten Lohn voll auszugeben. Es kam zu Differenzen,
in deren Verlauf die gesamte Belegschaft ausgespart
wurde.

Die „Gaul“-Werke in Hannover wollen aussperrten.

Die Direktion der Continental-Kautschuk- und Gummifabrik
Lappenberg hat die Arbeiter der Salortoren-Abteilung 1200
Mann entlassen. Die Arbeiter und die Maschinen sind
geblieben. Die Arbeiter haben sich mit den Besperrten solidarisch erklärt.
Die Direktion hat die Absicht, die gesamten Werke stillzulegen.

Zum Kampf der Nulltarbeiter.

Schweizer Textilarbeiter unterstützen die Ludwigshafener Nulltarbeiter.

Die Front der streikenden Chemiewerker geht unverändert
weiter. Der Anruf des Industrieverbandes der Chemie an die
gesamte deutsche Arbeiterklasse hat im ganzen Reich Widerhall
gefunden. In Stuttgart kam eine Kundgebung für die
Streikenden in Ludwigshafen zustande. In Hannover haben
Kaufmannsvereinigungen in sämtlichen chemischen Betrieben
geändert, in denen sich die Arbeiter mit den kämpfenden Ar-
beitern in Ludwigshafen solidarisch erklärten. Die revolutionäre
Gewerkschaft im Reich konnte den Streikenden ein Be-
kenntnis, worin ihnen volle Sympathie und sofortige Unter-
stützung zugesichert wird. Der Vorstand der Sektion der che-
mischen Arbeiter des Schweizer Textil-Arbeiter-Bundes hat in

einem Aufruf die Arbeiter und Gewerkschaftsorganisations-
aufgefordert, ihre internationalistische Solidaritätspflicht zu erfüllen
und die kämpfenden in Ludwigshafen zu unterstützen. Die
Stimmung der streikenden Chemiewerker ist gut. Sie sind
sich bewußt, daß der Kampf im Interesse der gesamten deutschen
Arbeiterklasse geführt wird.

Die Angestellten solidarisch.

Der 3. d. N. Ortsgruppe Ludwigshafen, veröffentlicht eine
Erklärung, worin den streikenden Arbeitern die volle Sym-
pathie entgegengebracht wird. Die Streikenden sehen in dieser
Erklärung den ersten Schritt zur gemeinsamen Kampffront der
Arbeiter und Angestellten.

gute Demonstration der Chemiewerker in Mannheim.

In Mannheim haben die dort wohnenden ausgeschickten
Nulltarbeiter demonstriert. Vor dem Betrieb der Firma B.
A. G., wo die Belegschaft neun Stunden arbeitet, wurde die
Demonstration von der Polizei aufgelöst.

Ultimatum der mitteldeutschen Chemieproletarier.

(W.M.) Halle, 24. März.
In Halle, Merseburg, Welschweiler, Ammendorf, Silndorf,
Dessau, Dreyden, Mitterfeld, Mühlberg und Holzweißig haben
am gestrigen Sonntag starkbesetzte Versammlungen der Chemie-
Arbeiter stattgefunden, in denen das Thema „Die wahren
Gründe für die Ausräumung der Entscheidung in der che-
mischen Industrie“ behandelt wurde. Nachdem die Versamm-
lungen Berichte über die Lage im Oppauer chemischen Streik
entgegengenommen hatten, wurde beschlossen, von den Arbeit-
gebern mit ultimativer Frist bis zum Dienstag die Zahlung



Der Kampf um den Achtundentag.

Der Hakenarbeiterstreik geht weiter!

Hamburg, 24. März.
Die Verhandlungsstände mit dem Reichsarbeitsminister
Brauns hatte das Ergebnis, daß sich sowohl die Unter-
nehmer wie Schumann, Geisler und die anderen Vorkämpfer
vom Deutschen Bergwerksbund im voraus bereit erklärten, die
Entscheidung des „unparteiischen“ Reichsarbeitsministers an-
zuerkennen. Brauns entschied darauf, daß der am 18. März ge-
fallte Schiedsspruch, den die Hakenarbeiter in einer Unstimm-
ung bereits mit überwältigender Mehrheit abgelehnt hatten,
zu gelten hätte, er erklärte ihn als allgemeinerverbindlich. Die
Arbeit sei am Dienstag wieder anzufangen.

In einer Vollversammlung der Sektion der Hakenarbeiter
des Deutschen Bergwerksbundes, vertrat die Vorkämpfer,
den Hakenarbeitern die Entscheidung Brauns aufzuklären.
Die Hakenarbeiter waren einmütig für Zurückweisung dieser
Entscheidung, während nur zwei Diskussionäre für Beendi-
gung des Streiks waren, sprachen alle übrigen Diskussionä-
re gegen die Wiederaufnahme der Arbeit. Als der Sek-
tionsleiter sich weigerte, über die zahlreichen Anträge, die ein-
gebracht waren, abstimmen zu lassen, und kurzerhand die Ver-
sammlung schloß, blieben die Versammelten nach Abzug der
reformistischen Vorkämpfer geschlossen sitzen. Ein oppositi-
onelles Mitglied der Sektionsleitung übernahm den Vorsitz und
ließ eine Abstimmung über den Spruch des Reichsarbeits-
ministers vornehmen. Das Resultat der Abstimmung war die
Ablehnung des Schiedsspruches, mit 122 gegen 708 Stimmen,
ungültig waren 13 Stimmen. Damit war die Zwangsmaßnahme
zur Fortführung des Streiks überschritten. Unter stürmischer
Zustimmung wurden alle Maßnahmen getroffen, um den Streik
unter oppositioneller Leitung fortzuführen.

Heute nachmittag 2 Uhr fand bei Bachmann eine von über
400 Arbeitern besetzte, öffentliche Hakenarbeiter-Versammlung
statt. Die Versammelten waren für unabdingbare Weiterführung
des Streiks. Es wurde über die am Donnerstag stattgefun-
dene Versammlung der im Deutschen Bergwerksbund organisi-
ten Hakenarbeiter berichtet. Sämtliche Redner, mit Ausnahme
eines Böllischen, richteten den dringenden Appell an die Ver-
sammlten, morgen mit allen Kräften zu verhindern, daß die
Arbeit im Haken ausgenommen wird. In der geschlossenen
Front der gesamten Arbeiterklasse muß der Unternehmervorstand
zusammenbrechen. Einmütig wurde eine Resolution gegen
die Absicht des Reichspräsidenten vom 21. März angenommen. Unter
dem Befehl der Internationale leerte sich der Saal. Die Sipo

verhinder.
war mit Passanten aufgeföhren, um eine Demonstration zu
veranlassen. Der Deutsche Bergwerksbund hat nun die Parole zur Wie-
deraufnahme der Arbeit herausgegeben. Die Hakenarbeiter
sind sich aber geschlossen unter oppositionelle Führung und
sind entschlossen, in enger Verbindung mit den Werksarbeitern,
den Kampf solange fortzusetzen, bis für Haken- und Werks-
arbeiter der Achtundentag gesichert ist.

Bleiss Abgefahrt.

In sozialdemokratischen Blättern veröffentlicht Paul West
einen Artikel, der mit der beispiellosen Katastrophe der SPD
und der SPD während des letzten Reichstags einleitet, und
der mit einem hinfälligen Angriff gegen die kommunistische
Partei endet. Er schreibt:

„Hat etwa die SPD, es verstanden, angesichts dieser
katastrophalen Entwicklung etwas zur Erfüllung der histo-
rischen Aufgabe des Proletariats zu tun? Sie hat sich da-
mit begnügt, nach „Menschentum“ zu schnüffeln, hat ihn
immer bei sich selber und immer von neuem und in immer
neuen Gestalten entdeckt: dem Proletariat als Gesamtheit ist
es dabei nicht besser gegangen.“

Daß Paul West über Menschentumsverfolgungen der Kom-
munistischen Partei klagt, ist selbstverständlich, denn er wurde
mit „Recht“ als der erste Menschentum aus der Partei heraus-
geworfen — nicht zum Schanden der Partei oder zum Schan-
den seiner eigenen Politik. Die kommunistische Partei macht sich
gerade dadurch, daß sie ihre Reihen frei von allen reformi-
stischen Abtrünnigen hält, bereit zur Führung des Proletariats
in seinen entscheidenden Kämpfen. Wenn das Proletariat als
Gesamtheit schwere Niederlagen erleidet, hat so ist das nicht
zuletzt die schwere Schuld der linken Menschentümer unter
Führung Bleiss, die sich zusammen mit den Kommunisten den
Kampf gegen die Kapitaloffensiven und die Militärdiktatur
aufzunehmen, diesen Kampf sabotiert haben und damit zu
Schrittmachern der reformistischen Verräter wurden.

Operetten-Politiker.

In der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ werden nun die Siller
und Lubendorff ebenso beiseite geworfen wie abgenutzte Handschuhe.
Sie haben ihre Aufgabe, das deutsche Proletariat auseinander-
zureißen, das Kleinbürgertum in die Irre zu führen, damit es seine
eigenen Ausbeuter nicht erkenne, nicht nur erfüllt, sie sind etwas
über die Grenze gegangen; aus agitatorischen Gründen gebärden sie
sich antikapitalistisch. Das paßt natürlich ihren Auftraggebern nicht.
Die Schwerkapitalisten fühlen sich jetzt fest im Sattel, das nationa-
listische Geschrei über die Pläne der Sittnes, die sich mit dem
französischen Schwerkapital verbündet zu gemeinsamer Ausbeutung
des deutschen Volkes. So wird es verständlich, daß man in dem
genannten Blatt Nr. 71 folgende Sätze liest:

Durch Operetten-Politiker kann Deutschland nicht ge-
rettet werden. Kein für Deutschland liegt die einzige
Möglichkeit der Rettung in unendlicher Geduld und kluger
Besonnenheit. Jede Manifestation von der Art, wie
sie in München und Leipzig auch in gewissen norddeutschen
Kreisen geplant war, würde uns tiefer in das Elend zu-
rücken lassen, unsere Sklaverei verlängern.“

Das Schwerkapital will durch nationalistische Phrasenlogiker
nicht gestört werden. Mit „Geduld“ und „kluger Besonnenheit“ sind
die deutschen Schwerkapitalisten dem Ziele nahegekommen, durch
Verbindung mit dem Auslandskapital alle Kriegs- und Repara-
tionslasten auf die wertvolle Bevölkerung abzuwälzen. Operetten-
politiker a la Lubendorff-Siller föhren die Ordnung und Ruhe. Die
Ordnung der planmäßigen Verlängerung der Arbeitszeit, die Ruhe
des geduldeten Schuftens, der mit der Hilfe der Nationalsozialisten
und Sozialdemokraten zum guten Teil schon unterworfenen Arbeiter.
Das ist der Sinn der Ablehnung Hitler'scher Putzsch durch das
Schwerkapital.

Stinus in die Ferne!

Die Nationalsozialisten sind zu gewaltigen Taten bereit.
So finden sie auf einem Flugblatt, das in den letzten
Wochen in Reiches verbreitet wurde, daß sie die Kolonien
zurückerobern werden und alle Juden totschlagen würden. Wie
empfehlen, zuerst auszuweichen in die weite Welt, die Kolonien
zu erobern und dann vielleicht mit dem Judentotschlagen zu
beginnen.

Seedt und seine Verschörrer.

Im Hitler-Lubendorff-Prozess ist aufgedeckt worden, daß
im September vorigen Jahres zwischen den Raab-Deuten, den
Führern der Deutschnationalen, „maßgebenden“ Persönlichkei-
ten der Landwirtschaft und der Industrie, mit diversen Ge-
neralen und schließlich auch mit Herrn Seedt der Plan zur
Einsetzung eines nationalen Direktoriums besprochen und (sehr)
geleitet worden ist. Es kann auch als maßgebend gelten,
daß der Herr Reichspräsident vollständig informiert war, daß
er nicht dagegen aufgetreten ist, läßt darauf schließen, daß er
den Plan unterstützen wollte. Jedenfalls ist von keiner Seite,
weder von Seedt, noch von Obert, etwas gegen die damaligen
Verschwörer unternommen worden. Allerdings haben die Raab-
Deute in München versucht, die Verschörrer aus etwas ganz
Segales erscheinen zu lassen. Angeblich sollte der Reichspräsident
mit dem Artikel 48 der vorbereiteten Diktatur den äußeren
Schein der Gesetzmäßigkeit bereiten. Die Arbeiterklasse mag dar-
aus erkennen, was unter dem Deckmantel der Demokratie und der
Verfassung nicht alles möglich ist.

Aber nicht nur vor dem 8. November, vor dem Völkerversuch
in München, gab es eine nationale Verschörrung, von der Seedt,
Obert und andere Leute Kenntnis hatten. Herr Seedt wurde
auch Mitglied einer Verschörrung, die nach dem Mün-
chener Putzsch ein Direktorium einsetzen wollte. Reichskanzler
Stresemann gehört ebenfalls zu den Informierten, gehört zu
denen, die mit den Verschörrern eifrig beraten hatten, die
über die Möglichkeiten und Ausichten eines Putzsch ver-
handelten und die nach ihrer Auffassung die Entscheidungs-
trafen. Reiner aber hat die Verschörrer dem Staatsgerichts-
hof übergeben. Das Berliner Montagblatt „M. M.“ veröf-
flicht zwei Geheimdokumente der Organisation „Stahlhelm“.

In einem Schreiben vom 11. November aus Magdeburg
an alle Gauführer des „Stahlhelms“ berichtet der erste Bun-
desvorsitzende, daß dem Reichskanzler Dr. Stresemann das
Ergebnis einer Besprechung der Bundesleitung vom 4. No-
vember in ultimativer Form überreicht worden sei. Es handele
sich um die Forderung der Errichtung einer nationalen Dik-
tatur. Wie der Bundesvorsitzende ausdrücklich betont, hat er
nicht nur dem Reichskanzler, sondern auch der Reichsregie-
rung und dem Oberbefehlshaber die Stellung und Forderung
des Stahlhelmbundes in klaren Worten übermittelt. Nicht nur
für das Reich, sondern auch für Preußen sollte eine Dik-
tatur eingesetzt werden. Den Reichstag müsse man nach Hause
jagen, sofort wertbeständige Zahlung einföhren. Der Kanzler
habe sich schweigend gezeigt, er sei zurückgekehrt. Darauf-
hin habe man sich an Seedt getrieben. Das war nach dem
Putzsch in München. Dem Herrn Seedt wurde mitgeteilt, daß
der „Stahlhelm“ stamm zur Reichswehr gehe. Der „Jung-
deutsche Orden“, der in Norddeutschland allein 6000 Orts-
gruppen zähle, habe denselben Entschluß gefaßt. Schließlich
teile der Bundesvorsitzende mit, daß er am nächsten Tage
nochmals nach Berlin fahren werde, um die Forderung auf
Errichtung der nationalen Diktatur nochmals in ultimativer
Form zu wiederholen.

Das Dokument bezeugt ganz zweifellos, daß Seedt, daß
Stresemann, daß die Reichsregierung nicht nur Kenntnis von
einer Verschörrung bekamen, daß sie vielmehr maßgebend
geworden sind.

Die Vespredung bei Ceed hat wahrscheinlich dem Bundespräsidenten vom „Stahlhelm“ die Überzeugung vermittelt, daß eine Diktatur nach seinen Plänen nicht mehr notwendig ist, weil ja durch die Verhängung des allgemeinen Belagerungszustandes und durch die Errichtung der Ceed-Stimmen-Diktatur das von den eigentlichen Verantwortlichen des Blanes, den agrarischen und industriellen Schwerekapitalisten, verfolgte Ziel vollständig erreicht ist. Darum ja auch war der Ministerial-Buch bei Ceed-Stimmen unbedeutend, er hatte nicht mehr in ihre Perspektive hinein. Die Mitwirkung der Hitler und Ludendorff war überflüssig geworden. Die Kleinbürgerliche Bewegung der Nationalsozialisten wurde dem Kapital jetzt etwas unbedeutend. Der „Stahlhelm“ hat aus der veränderten Situation die Konsequenzen gezogen, indem er sich auf die Seite der Reichswehr, das heißt auf die Seite der Ceed-Stimmen schlug. Und in diese Front hat sich auch der „Jungde“ eingeschrieben. Die veränderte Situation nach der Errichtung der Diktatur Ceed durch den sozialdemokratischen Reichspräsidenten trieb die Gegenläufe innerhalb der sogenannten völkischen Parteien und Gruppen auf die Spitze. Diese Gegenläufe mußten zu offenen Konflikten führen. Die ausgeprägtesten Kleinbürger, die auf Kriegszustand eingestellten Leute des Hitler-Kampfbundes wollten Eaten leben und letzten. Kapz, Ceed, Ebert, Minnow, Laß, die ganze Gesellschaft bewegte ab, Hitler, Ludendorff standen allein auf wecker Flur. Sie konnten die Erregung in den eigenen Reihen nicht bannen. Sie sahen sich um die Früchte des gemeinsamen Aufschlusses betrogen und so kam der 8. November-Buch. Er mußte ebenfalls zusammenbrechen, weil die Schwerekapitalisten, die Junker, weil die Ceed und Ebert, sahen ihre eigenen Pläne dadurch gestört. Die erste Diktatur war vorhanden, sie besteht heute noch, wenn auch Ceed schon in den Hintergrund getreten ist, und darum brauchte man im November keinen Bürgerkrieg mehr. Die Verschwörer verteilten die Mitschuldigen. Die in München aufgestrichenen Gegenläufe haben sich nun weiter in den verschiedenen Gruppen der Völkischen aus.

Wir entziehen uns wahrhaftig nicht darüber, daß die ganze Gesellschaft, die unter der Firma „völkisch-deutschnational“ auftritt, die sich weiter aufspaltet als Schächerin und Mälerin der Staatsautorität, daß sie alle zusammen tatsächlich Hochverräter sind. Wir wünschen nur, daß die gesamte Arbeiterklasse sich ebenfalls nicht von dem Wort „Hochverrat“ oder „Hochverräter“ läßt, daß sie vielmehr bei allen Entscheidungen sich ganz allein von ihren Klasseninteressen bestimmen läßt. Und was sie in der Wahrnehmung ihrer Klasseninteressen zu tun hat, das mag sie entnehmen aus dem Entwurf, den die damaligen Verschwörer als Grundlage der erstrebten Diktatur ausgearbeitet haben. Das zu bildende Direktorium sollte bestehen aus den Herren Rabetsche als Wirtschaftsminister, Graf Ranitz als Ernährungsminister, Stresemann als Außenminister. Der Reichstag sollte aufgelöst werden, die Schwerekapitalisten, ebenso wie die gesamte Reichswehr, unter dem Befehl des Diktators von Ceed gestellt werden. Sodann gehörte zum Programm folgendes:

Verbot aller Streiks. — Abschaffung der Verleumdung von Standgerichten mit dem Recht, Todesstrafe zu verhängen.

Todesstrafe sollte zulässig sein bei Sabotage gegen den Reichswehrminister, gegen sogenannte Streikbrecher, Märdener. Bei Ausschuss von Streiks sollte jeder zehnte Beteiligte erschossen werden. Auch war vorgesehen, vier sogenannte Streikbrecher am Neuen Tor aufzuhängen. Auch Wucherer sollten aufgehängt werden. Schließlich war noch vorgesehen, alle Zahlungen und Sachlieferungen an die Fronte einzustellen.

Die Arbeiterklasse hat alle Veranlassung, diese Vorbereitungen zu ihrer Niederschlagung sehr zu beachten. Hier handelt es sich nicht um Spezialisten irgendwelcher Operativen, hier handelt es sich um Pläne, für die damals alle reaktionären Gruppen eingestellt waren. Die Reichsregierung, Ceed, Ebert, die Agrarier, die Schwerekapitalisten, sie alle waren Mitbeteiligte des Planes von der Errichtung eines sogenannten Direktoriums. Wer diesen Plan durchführen wollte, mußte naturgemäß auch die Mittel wollen. Bedinglich der Umstand, daß durch die von der Sozialdemokratie veranlaßte und ermöglichte Ceed-Diktatur (Ausnahmestellung und Ermächtigung) die Verwirklichung der agrarischen und Schwerekapitalistischen Pläne ohne Reichsdirektorium möglich machte, hat die Durchführung des anderen Planes überflüssig gemacht. Aber der Wille bestand, durch förmliche Mittel, durch brutales Niederschlagen der Arbeiterklasse das zu verwirklichen, was dem der Sozialdemokratie den Ceed-Stimmen-Deuten so in den Schoß gefallen ist. Die Arbeiterklasse soll nun auf kaltem Wege vollständig unterdrückt werden. Sie wird verflacht, sie

wird zum großen Teil ausgerottet werden, wenn sie nicht in einem revolutionären Kampfe die politische Macht erobert und wenn sie nicht gewillt ist, ihre ererbte Macht ebenso radikallos gegen die Bourgeoisie zu begreifen, wie diese gewillt ist, ihre Macht gegen das Proletariat so auschweifend anzuwenden, wie es den Interessen der herrschenden Klasse zwenddienlich erscheint.

Reichstagswahlkampf.

Auftakt zur Wahlkämpf.

Alle Parteien, Gruppen und Gruppen empfehlen sich den Wählern als Vertreter der einzig wahren, des einzig idealen, des allein seligmachenden Programms. Alle sind einig in der Versicherung, daß die Kommunisten Lumpen seien, Auswurf der Menschheit, der Kommunismus selbst Mährchen oder Verbrechen. Kein anständiger Mensch dürfe mit Kommunisten irgendwelche Verbindung haben. Und alle die verschiedenen Parteien und Gruppen, einig im Haß gegen die Kommunisten, sonst voll giftigen Hasses gegeneinander, empfehlen sich und ihre Leute als Extrakt alles Herrlichen, Tugendhaften, Wahrhaftigen, Edelmütigen und Volksfreundlichen.

Schauen wir zu, was hinter all dem Gerede steht? Jetzt herrscht allgemeine Not. Ueppig blüht der Wucher. Raffinierter Luxus macht sich breit. Ausschweifungen schlimmster Art kennzeichnen eine Oberschicht. Unheimlich die allgemeine Demoralisation. Sabotage und Grausamkeit und Massenverbrechen geben dem Bilde den ergänzenden Rahmen.

Schauen wir zu, was hinter all dem Gerede steht? Jetzt herrscht allgemeine Not. Ueppig blüht der Wucher. Raffinierter Luxus macht sich breit. Ausschweifungen schlimmster Art kennzeichnen eine Oberschicht. Unheimlich die allgemeine Demoralisation. Sabotage und Grausamkeit und Massenverbrechen geben dem Bilde den ergänzenden Rahmen.

Und dieses Bild ist das Ergebnis der kapitalistischen Wirtschaft, der bisherigen sozialen, ökonomischen und staatlichen Zustände. Und alle Parteien, die Sozialdemokratie eingeschlossen, wollen diese Gesellschaftsordnung erhalten. Für diese Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung kämpfen sie alle. Für diese Ordnung wollen sie die Wahlstimme einfangen. In schroffer Feindschaft steht der Kommunismus solchem Bestreben gegenüber. Das Programm der kommunistischen Partei verpflichtet zum Kampf für Zustände, die jede Art von Unterdrückung und sozialer Not ausschließen und damit auch ausschließen alle, die aus sozialer Not entspringenden Uebel. Somit verpflichtet das Programm der Kommunisten zum Kampf gegen jedes Vorrecht auf Unterdrückung und Ausbeutung. Und lediglich darum wird die kommunistische Partei, werden die Kommunisten von allen anderen Parteien wie die Sünde, wie der Tod gehaßt.

Der Klassenkampf als die eigentliche Grundlage des Gegenstandes zwischen den Kommunisten und allen anderen Parteien bedingt schon, daß die Interessenhüter der Ausbeuterordnung im Kampf gegen die Kommunisten kein Mittel verschmähen. Zu den frechen Mitteln gehört auch die freche Lüge von der Sauberkeit der bürgerlichen und sozialdemokratischen Parteien. Wie es mit der Sauberkeit bei den anderen, wie es mit der Ehrenhaftigkeit ausschaut, das eine nur ganz kleine Blütenlese, kein erschöpfendes Bild.

Die Völkischen verschiedener Farben.

Der engere Vorstand der Deutschnationalen Partei machte den bekannten Grafen Westarp jetzt zum Parteivorsitzenden. Die Partei stellt keine eigenen Kandidaten auf, sie will nur als Verbindungsbrücke zwischen der deutschnationalen Volkspartei und der deutschvölkischen Freiheitspartei dienen. Die Partei erstrebt, wie Graf Westarp ausdrücklich betont, die Wiederherstellung des Kaiseriums und des Königtums der Hohenzollern und die Vormachtstellung Preußens im Deutschen Reich. Die feudalen Herrschaften wollen ganz Deutschland zu einem großen Rittergutsbesitz machen. Die Partnerin der feudalen Herrschaften, die deutschvölkische Freiheitspartei, hat ein Flugblatt veröffentlicht, in dem behauptet wird, der Führer der Vaterländischen Verbände, Geißler, habe einen Brief gestohlen, eine gefälschte Abschrift davon dem Reichswehrminister übermittelt. Die Behauptung stammt von

dem völkischen Abgeordneten Wulle. Gegen diesen völkischen Abgeordneten erklärt nun der völkische Geißler eine Erklärung in der er die Behauptung Wulle als Verleumdung bezeichnet. Zur Beleuchtung dieses interessanten Intermezzos sei bemerkt, daß es sich um einen Brief des Dr. von Bromm handelt, der jetzt mit Wulle als Spitzenkandidat die Wahlliste der Freiheitspartei ziert. In diesem Brief heißt es u. a. wörtlich:

„Rückwärtsler Kampf gegen Laß, Albeutcher Verband, Deutsche Zeitung, gegen den Pommerischen Landbund und seinen Direktor von Deultz, gegen Herrn von Brodhusen und Korvettenkapitän Herrmann, gegen Ehrhardt und seinen Staatschef Rautler, gegen die Reichswehr, die im Licht erklärt werden sollte.“

Nimmt man zu dem reizenden Kontrast, das die Völkischen gegenseitig von sich zeichnen, noch die Titulationen und Charakteristiken, mit denen sich die Völkischen im Hinterproletat gegenseitig beäccht haben, dann hat man von dieser Gesellschaft so reichlich, daß jeder sagen kann: man muß sich schämen zu ihr zu gehören.

Das ehrbare Zentrum.

Jeder gute Katholik betrachtet auch die katholische Zeitung als etwas Ehrbares, an das der Schmutz der kapitalistischen Welt nicht heranreicht. Auch seine Partei, das Zentrum, hält er für rein und sauber. Ach, das Zentrum ist so sauber, daß, wenn es Mandate verlor, an Großindustriellen, an die erbittertesten Feinde der Werktätigen, an die gefährlichsten Bekämpfer des Arbeiterkurses, und der Sozialpolitik. Und ein Kampf allerhöchster Art. Im Hintergrund stehen per nun lobt seit Wochen im Zentralorgan der Zentrumspartei der Zentrumspartei. Ein Mann, einer der Neureichen, ein böllische Interessen, die sehr eng verquid sind mit der Volksgeld, der Schöder, hat die Mehrheit der Aktien der „Germania“ in die Hand bekommen. Der Großindustrielle Rödner steht hinter ihm. Die Aktien der „Germania“ sind jetzt ein wertvolles Papier; die Großindustrie kann sich ja ihre Interessentvertretung etwas leisten lassen. Weil der Großaktionär und Schlichter der Großindustrie, ein Herr Saemer, öffentlich als Mann mit der unfauberen Welt gekennzeichnet war, und weil ihm für seine Aktien ein netter Dagen geboten wurde, wollte er seine Papierchen verknopen. Er machte das Geschäft, dann fand er jemanden, der noch mehr bezahlen wollte, und nun verfuhr er, das erste Geschäft für nichts zu erklären und er bezichtigte den Käufer, einen Parteifreund und hohen Staatsbeamten, der Erpressung. Das Spiel ist nicht zu Ende. Je länger es dauert, um so schmutziger wird es. Und es gibt immer noch viele gutgläubige Arbeiter, Beamte und Angestellte, die als lautere Wahrheit alles das betrachten, was die Zentrumspresse tut und was die Zentrumspresse schreibt.

Deutsche Volkspartei.

Um die Stinnes, Thossen, Rödner usw. gruppiert sich ein Stab von gefälligen Mitarbeitern und Mitinteressenten. Sie bilden den rechten Flügel der Deutschen Volkspartei, geben dem Ton an, bestimmen Ziel und Richtung der Partei. Es ist die Partei, die den Kampf gegen das Proletariat führt, um ihm den zehn- bis vierzehnstündigen Arbeitstag aufzuzwingen, die Löhne zu kürzen, um sozialpolitisch auf der ganzen Linie abzubauen. Diese Partei hat nun in Westfalen-Süd u. a. den Generaldirektor Dr. Böglar und den Geheimrat Dr. Quaaß als Kandidaten aufgestellt. Dr. Böglar, der Herr Generaldirektor, hat schon vor zwei Jahren öffentlich bekannt, daß in Deutschland 20 Millionen Menschen zuviel lebten. Die Wirtschaftspolitik, die Herr Böglar betreibt und fordert, soll Deutschland von diesem „Ballast“ befreien. Das deutsche Proletariat soll zum großen Teil aussterben, soll vernichtet werden durch Hunger, Entbehrung und maßlose Ausbeutung seiner Arbeitskraft. Und Dr. Quaaß, dieser andere Edling? Gestreu dem Programm von der Verminderung der deutschen De-

DIE REBELLEN

10 Von P. E. Dybenko. (In Buchform erschienen im Verlage für Literatur und Politik, Wien.)

Wir fahren zu der Trans-Amur-Brigade. Der Schmutz ist so tief, daß wir kaum durchkommen. Die Pferde bleiben jeden Augenblick stehen. Wendig halten wir in einem Städtchen, wo die sanitäre Abteilung der Division und die Stappenbehörden untergebracht sind. Wir fragen: gibt's hier ein Armeekomitee? — Ja, das gibt es. — Ein Offizier führt uns zum Vorsitzenden. Der Vorsitzende ist ein Oberst. Auf unser Veranlassung wird eine Versammlung einberufen. Aber zur Versammlung kommen nur Offiziere und die Schwestern des Roten Kreuzes. Wir sprechen auf den Gesichtern der Führer — ironisches Lächeln. Man drängt sich um unseren armen Offizier, der ohne Achselklappen ist und fragt ihn: „Hat man denn auch allen die Achselklappen abgenommen? Mein, das gibt's bei uns, Gott sei Dank, noch nicht, das lassen wir nicht zu.“

Die Versammlung ist zu Ende. Wir fragen: „Gibt's hier nicht irgendwas etwas zu essen?“ Man antwortet uns in einer Weise, daß wir darauf verzichten. Wer sind offenbar nicht nach ihrem Geschmack.

In der Nacht kommen einige verwundete Soldaten zu uns. Kameraden! Es heißt, ihr kommt aus Petersburg und von der Flotte. Helft uns, man hungert uns in den Lagerten aus und die Ärzte und Schwestern zeigen sich tagelang nicht. Die Räume werden nicht geheizt. Medizin bekommen wir nicht. Man kann sich wenden, an wen man will, kein Mensch tut etwas. Wir müssen hungern, während im Offizierskasino die Offiziere mit den Schwestern Belage veranstalten. Jede Nacht wird dort getrunken.“

„Habt ihr euch schon an den Vorsitzenden des Komitees gewendet?“

„Ja, das haben wir, aber es hilft alles nichts.“

„Gut. Wir werden tun, was wir können.“

Wir eilen zum Kasino und finden dort eine betrunkenen Gesellschaft vor. Wir hören noch den Erzählung. Auf seine Kaiserliche Majestät? Wir suchen nach dem Vorsitzenden des Armeekomitees. Wir fragen ihn: „Was geht vor? Wir haben doch Revolution, und hier werden Trinksprüche auf den Kaiser ausgebracht?“

Der Oberst wurde verlesen und besaß den Anwesenden nach Hause zu gehen. Wir berichteten darüber dem Generalmajor. Ob es etwas genügt hat, weiß ich nicht.

Der Regimentskommandeur setzt sich zu uns und erzählt, daß das Regiment sich weigere, zum Angriff überzugehen. Es fordere die Zurücknahme des Regiments und seinen Ersatz durch ein anderes. Wir gingen zu den Soldaten. Umweil der Schützengräben wird ein Meeting veranstaltet. Die Soldaten sagen, daß das Regiment sich keineswegs weigere, den Feind anzugreifen, aber es fordere nur, daß die Regierung sofortige Maßnahmen zur Beendigung des Krieges, Demobilisation der älteren Jahrgänge und Durchführung einer Reihe von praktischen, von den Soldaten geforderten Verbesserungen treffe. Das Regiment fordere eine Zurückziehung aus den Schützengräben, denn es stehe schon zwei Monate hier; in der Reserve aber gebe es Regimenter derselben Brigade. Diese Forderung war durchaus berechtigt. Wir waren noch nicht mit dem Meeting zu Ende, als drei deutsche Aeroplane über unseren Köpfen zu kreisen und Bomben hinabzuwerfen begannen, die kaum hundert Schritte vom Meeting explodierten. Ich staunte über die Ruhe der Soldaten. Keiner rührte sich vom Fied. Auf Kommando begann eine Kompanie die Flugzeuge zu beschießen. Die erste, die zweite und dritte Salve, dann ein einzelner Schuß ... allgemeine Freude: das Flugzeug ist angeschossen und stürzt nieder. Das Meeting ist beendet. Wir fahren zu anderen Regimentern, das Bild ist überall das gleiche. „Wir werden uns verteidigen, aber wir wollen nicht angreifen. Die Regierung soll Frieden schließen, oder ihn wenigstens erstreben. Wenn sich die Deutschen weigern, dann werden wir sie mit Waffengewalt zwingen, den Frieden zu unterschreiben.“ Das war die Stimmung an der Front. Mit diesen Eindrücken fahren wir zur Flotte zurück.

III.

Es näbert sich der Mittag. Der vom Eis schon befreite Finnische Meerbusen glitzert silbern im Sonnenlicht. Nichts trübt die majestätische Ruhe seiner Gewässer. Im Hafen von Helfsingfors wärmen sich in der Sonne — sich in der Sonne — die gigantischen Fahrzeuge. Nur seines Kränzen der hochaustragenden Rauchschornsteine gleichmäßig ziehende Qualmen lassen erkennen, daß des Leben auf den Schiffen noch nicht erloschen ist. In den Masten wehen stolz rote Flaggen. Die Stille wird nur klein durch die Sirenen der den Hafen durchziehenden Dampferflotten unterbrochen. Die Frühlingssonne wärmt und beruhigt alle. Als scheinen zu treten und glückselig. Alle gehen sich friedlicher nützlich Arbeit hin. Wenn man dieses Bild vor Augen hat, glaubt man nicht, daß noch irgendwo auf der Erde menschliches Blut in Strömen fließt, daß Geschütze donnern und Maschinengewehre knattern. Der Krieg erscheint harmlos. Man möchte leben, atmen, den Frühlingsmorgen und die Natur genießen, friedliche freie Arbeit leisten. Hat die Revolution uns kein Recht gegeben, zu sagen,

genug menschliches Blut, genug Opfer dem Gotte des Krieges! Aber so können nur jene denken, die am Krieg nicht interessiert sind, die seine blutigen Flammen nicht entfacht haben, die die Welt nicht zu Hunger, Kälte und Armut verurteilt haben; nur jene können so denken, die die vier Kefen, Benützung, Krankheit, Feuer und Tod nicht in die Dörfer und Städte geschickt haben. Sind etwa Miliz und Gutschloß fähig, dem Gemehel ein Ende zu machen? Nein! Sie brauchen die Dardanellen, sie brauchen den Durchgang ins Mittelmeer, sie wollen neue Absatzmärkte haben. Sie hören nicht auf die Stimmen der verflügten Bevölkerung. Sie kümmern sich nicht um diese Stimmen. Am den Besten neuer Meere sind sie bereit, Meere von Blut herzugeben. Für neue Absatzmärkte sind sie bereit mit Tausenden von Weichnamen zu bezahlen ...

Die Seele erstarrt bei diesem Gedanken. Und die Sonne steigt immer höher und höher zu den Wolken auf und leuchtet immer heller und wärmer.

Mittag ist es. Auf den Schiffen blasen die Hornisten. Leben kommt in die Schiffe, eine Stunde darauf fliegen Dampfbaracken und Ruderboote heran. Auf dem Oberdeck stellt sich die Mannschaft in Reih und Glied auf und nach einige Minuten später halten Ruderboote an der Anlegestelle des Hafens, sie sind voller Seeleute, mit vielen Flaggen geschmückt. Am Ufer reißt sich eine Kolonne an die andere, und mit wachsenden Fahnen gehen sie zum Senatsplatz. Auf den Fahnen sind die Aufschriften: Nieder mit den zehn kapitalistischen Ministern, es lebe die soziale Revolution! Es gibt viele, die mit Waffen in den Händen marschieren. Was ist das? Wieder eine Revolution? Wieder Unzufriedenheit mit der Regierung?

Ja, es ist die Unzufriedenheit mit der Regierung Ostschonow und Minnow. Sie können die Forderungen des Volkes nicht erfüllen, sie weigern sich, dem Volkswillen nachzukommen. In einer bewaffneten Demonstration geben Matrosen, Soldaten und Arbeiter ihren Willen kund: sofortige Beilegung der kapitalistischen Minister. In den Personen dieser Minister erkennen die Matrosen und Soldaten ihre übelsten Feinde — jene Feinde, die die zaristische Politik weiterführen.

Der Senatsplatz tobt und lärmt. Zehntausende von Matrosen, Soldaten und Arbeitern fordern sofortige Abfertigung der Regierung. Auf einen Augenblick wird alles still. Auf der hohen Treppe des Domes erscheinen einer nach dem anderen die Redner, aber ihre Stimme verflucht im Meer der Rufe. Sie reißt nicht bis zur Mitte der Masse. Die Menschenmassen läßt man überhaupt nicht zu Worte kommen. Der ihrem Ergehen auf der Tribüne bricht der Platz in wütendes Brüllen aus: „Nieder mit den Menschweibern!“

(Fortsetzung folgt.)

